

Grasser beginnt Haftstrafe: Justiz schlägt endlich zu!

Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser trat am 2. Juni 2025 seine vierjährige Haftstrafe in Innsbruck wegen der Buwog-Affäre an.



Innsbruck, Österreich - Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser hat am 2. Juni 2025 seine Haftstrafe in der Justizanstalt Innsbruck angetreten. Grasser wurde in der Causa Buwog zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Nachdem er Anfang Mai die Aufforderung zum Strafantritt erhielt, hatte er einen Monat Zeit, um in der zuständigen Justizanstalt zu erscheinen. Kurz nach Mittag traf Grasser, der seit Jahren mit seiner Familie in Kitzbühel lebt, ein.

Die Buwog-Affäre ist ein bedeutender politischer Skandal, der mögliche Untreue und illegale Absprachen im Zusammenhang mit der Privatisierung von 60.000 Bundeswohnungen betrifft. Laut der Grünen-Politikerin Gabriela Moser soll der Republik

Österreich dadurch bis zu eine Milliarde Euro entgangen sein. Die Affäre kam im September 2009 ans Licht, als bei Ermittlungen zur Pleite der Constantia Privatbank auffällige Provisionszahlungen entdeckt wurden. Im März 2025 wurden insgesamt acht Angeklagte, darunter Grasser, zu Haftstrafen verurteilt; die Entscheidungen sind nun rechtskräftig.

Strafverfahren und Urteil

Grasser wurde aufgrund von Missbrauch der Amtsgewalt und Verletzung des Amtsgeheimnisses angeklagt. Die Ermittlungen ergaben, dass er Insiderinformationen über das Vergabeverfahren an den Bieter Immofinanz weitergab, die durch den Kauf der BUWOG einen Gewinn von 1,2 Milliarden Euro erzielte. Grasser ließ sich zudem 2004 eine Urlaubsreise auf die Seychellen von seinem Komplizen Walter Meischberger bezahlen.

Im Rahmen des Prozesses, der am 12. Dezember 2017 begann, wurde Grasser schuldig gesprochen und erhielt eine anfangs bemessene Freiheitsstrafe von acht Jahren. Diese wurde am 25. März 2025 durch den Obersten Gerichtshof auf vier Jahre reduziert, während andere Verurteilte wie Meischberger und Peter Hochegger ebenfalls Haftstrafen erhielten, die sie bislang nicht angetreten haben. Meischberger und Hochegger hatten Haftaufschübe aus medizinischen Gründen beantragt.

Politische Konsequenzen und öffentliche Wahrnehmung

Die Buwog-Affäre ist nicht der einzige politische Skandal, der Österreich momentan belastet. Die steirische FPÖ sieht sich einem weiteren Finanzskandal ausgesetzt, bei dem es um mögliche Untreue im Zusammenhang mit Klubfördermitteln geht. Hierbei wird vermutet, dass diese Mittel in die Taschen von Politikern geflossen sind, was bei Studierenden im Gastgarten eines Lokals hinter der Grazer Oper für Überraschung sorgt.

Die anhaltenden Vorwürfe und Skandale werfen die Frage auf, inwieweit Korruption in der österreichischen Politik wirklich Konsequenzen hat. Politische Skandale, wie die Buwog-Affäre, scheinen in ihrer Schärfe und Tragweite oft keine nachhaltigen Änderungen nach sich zu ziehen. Damit bleibt die öffentliche Diskussion über die Integrität und Verantwortung von Politikern ein zentrales Thema in der österreichischen Gesellschaft.

Für Grasser und andere verurteilte Politiker ist der gerichtlich gesprochene Richter nun ein endgültiges Urteil, das auf die unabhängige Rechtsstaatlichkeit hinweist, die selbst vor ehemaligen Ministerposten nicht haltmacht. Die Buwog-Affäre bleibt somit ein entscheidendes Kapitel in der politischen Geschichte des Landes.

[vienna.at berichtet, dass ...](#)

[Wikipedia informiert über die BUWOG-Affäre ...](#)

[derStandard analysiert die Korruptionsthematik ...](#)

Details	
Vorfall	Korruption
Ursache	Untreue, illegale Absprachen, Provisionszahlungen
Ort	Innsbruck, Österreich
Schaden in €	1000000000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• de.wikipedia.org• www.derstandard.de

[Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)